



Hauptstadtbrief

von Klaus-Peter Willsch MdB

Nr. 107

Nachrichten und Notizen

07.09.2012

aus Berlin und dem Wahlkreis Rheingau-Taunus/Limburg

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde,

die parlamentarische Sommerpause ist zu Ende. In der nächsten Woche geht es los mit der 1. Lesung des Bundeshaushaltes für das kommende Jahr. Für mich als stellvertretenden haushaltspolitischen Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist dies natürlich eine ganz wichtige Woche. Die 1. Lesung eröffnet die parlamentarischen Beratungen für den Bundeshaushalt 2013, die mit der 2./3. Lesung im November nach intensiver Beratung aller Einzelpläne im Haushaltsausschuss abgeschlossen werden. Als Berichterstatter der CDU/CSU für den Etat des Verteidigungsministeriums werde ich mich mit meinem Kollegen aus der FDP-Fraktion bemühen, den Haushalt für die anstehenden Herausforderungen der Neustrukturierung der Bundeswehr zu rüsten. Eine arbeitsreiche, aber auch interessante Zeit liegt vor uns.

Zeitgleich zur Haushaltswoche findet die Internationale Luft- und Raumfahrtausstellung in Berlin statt. Da ich Vorsitzender der Parlamentsgruppe Luft- und Raumfahrt im Bundestag bin, ist dies für mich natürlich auch von hoher Bedeutung. Vielen ist nicht bewusst, wie wichtig die Luft- und Raumfahrtbranche für den Wirtschafts- und Hochtechnologiestandort Deutschland ist. Gerade beim Stichwort "Raumfahrt" ist gelegentlich zu hören, dass wir angesichts der Probleme auf der Erde das Geld hierfür und nicht für Aktivitäten im Weltall ausgeben sollten. Wenn man diesen Skeptikern dann allerdings deutlich macht, dass zum Beispiel Satellitenfernsehen ohne die Errungenschaften der Raumfahrt heute nicht möglich wäre, wie wichtig orbitale Wetterbeobachtung für die Landwirtschaft ist, sind diese oftmals echt erstaunt. Ähnliches gilt für die Luftfahrt: einerseits wird oft gemeckert, dass Luftfahrt Luxus sei. Andererseits möchten wir alle, dass wir im Notfall auch mit dem Hubschrauber ins nächste Krankenhaus geflogen werden - in

Deutschland übrigens in der Regel ein Hubschrauber, der auch in Deutschland gebaut wurde und der deutsche Arbeitsplätze sichert.

Das für die Zukunft unseres Landes aber viel bedeutendere Ereignis wird die Verkündung des Urteils des Bundesverfassungsgerichts zum ESM am nächsten Mittwoch sein. EZB-Präsident Mario Draghi hat gerade ein neues, unbefristetes Anleihenankaufprogramm angekündigt. Die EZB entfernt sich somit immer mehr von ihrem Mandat. Im Handelsblatt war ich am Mittwoch mit einem Gastbeitrag zum Thema EZB vertreten. Den Beitrag möchte ich Ihnen nicht vorenthalten.

„Draghi baut die EZB im Handstreich um“

Schritt für Schritt wandelt sich der Euro-Währungsraum in eine gigantische Schuldenhaftungsunion. Der französische Präsident François Hollande fordert ganz offen und ungeniert die Vergemeinschaftung aller Schulden in der Eurozone, und zwar nicht nur für die bestehenden, sondern auch für zukünftig aufzunehmende Schulden. Was Wunder, dass er die Schuldenbremse keinesfalls in die französische Verfassung aufnehmen will! Während mit dem ESM bereits auf politischer Ebene ein dauerhaftes Bail-out-Instrument geschaffen wurde, treibt EZB-Präsident Mario Draghi den Umbau der EZB in eine Bad Bank ganz massiv voran. Der Euro wird gleichsam seiner D-Mark-Herkunft beraubt und liraisiert.

Wie die Regierungen im Euroraum mit dem ersten Griechenlandrettungspaket, so hat auch die Europäische Zentralbank sich mit dem Kauf von Staatsanleihen von überschuldeten Euro-Staaten in Höhe von 211 Milliarden Euro auf dem Sekundärmarkt seit Mai 2010 auf die schiefe Ebene begeben. Sie ist längst kein Stabilitätsanker mehr. Sie verschärft die Krise mittlerweile zunehmend selbst mit einem

verfehlten Krisenmanagement, das von ihrem allein auf Preiswertstabilität gerichteten Mandat nicht gedeckt ist. Die EZB hat - obwohl ihr die Staatsdefizitfinanzierung ausdrücklich untersagt ist - schon diese Anleiheankäufe zur Absenkung der vermeintlich zu hohen Zinsen auf Staatsanleihen der Schuldenstaaten auf ein (politisch bestimmbares?) erträgliches Maß getätigt. Zur Jahreswende 2011/2012 hat die EZB die Märkte mit Geld in einer Größenordnung von über einer Billion Euro geflutet. Dies geschah erkennbar mit der Absicht, dass die Geschäftsbanken die billigen Kredite wiederum in Staatsanleihen überschuldeter Staaten investieren. Diese Staatsanleihen äußerst zweifelhaften Wertes durften nämlich die Geschäftsbanken zur Giralgeldschöpfung bei der EZB als Sicherheiten hinterlegen. Zusätzlich hält die EZB die Zinsen auf einem Rekordniedrigniveau. Eine ähnliche explosionsartige Ausweitung der Geldbasis hat es in der Geschichte der EZB erst einmal gegeben: Nach dem Zusammenbruch der Lehman Brothers Bank im Oktober 2008.

Die EZB überdehnt ihr Mandat nicht nur, sondern handelt ihm inzwischen sogar zuwider: Sie betreibt eine expansive Geldpolitik und nimmt Inflationsrisiken billigend in Kauf. Ihr Vorbild ist nicht mehr die Bundesbank, sondern die Banca d'Italia. Im Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) ist der Auftrag der EZB jedoch klar geregelt. Zwar ist der EZB eine unterstützende flankierende der allgemeinen Wirtschaftspolitik gemäß Artikel 127 AEUV ausdrücklich erlaubt, aber nur wenn dies ohne Beeinträchtigung ihres vorrangigen Zieles, der Gewährleistung der Preisstabilität, möglich ist. Aus der Stützung der Konjunktur, die durch das Mandat gedeckt ist, sind aber mittlerweile verzweifelte Versuche geworden, ebenjene anzukurbeln. Die strikte Trennung von Geld- und Fiskalpolitik wird so aufgehoben. Die EZB lässt sich von der Politik als vermeintliche Krisenretterin einspannen und verfängt sich zunehmend im tagespolitischen Geschäft, ohne dass sie dafür von dem Wähler zur Verantwortung gezogen werden könnte. Durch dieses Gebaren hat sie an Unabhängigkeit und Vertrauen eingebüßt.

Die Aufgabe der EZB wäre, einen stabilen Rahmen zu setzen, und nicht diesen mit Inhalt auszufüllen. Dies ist Aufgabe der Politik. Die wiederum hatte - zumal in den traditionellen Weichwährungsländern - schon immer gerne die Hand an der Notenpresse. Kurzfristig scheint der Griff zur Notenpresse zwar verlockend, langfristig wirkt er aber wie süßes Gift: Erforderliche Strukturanpassungen werden unterlassen oder verschoben, es geht ja scheinbar

auch ohne Mühen. Langfristig schafft aber nur Preiswertstabilität Vertrauen bei Sparern und Investoren. Eine zunehmende Ausweitung der Geldmenge bringt verloren gegangene Wettbewerbsfähigkeit nicht zurück, sondern endet in Inflation, enteignet den Sparer und verschreckt die Investoren.

Einst stand die EZB in der Tradition der Deutschen Bundesbank. Gegen zähen Widerstand der südeuropäischen Weichwährungsländer wurde die EZB dem erfolgreichen Vorbild der Deutschen Bundesbank nachgebildet; Mandat und Struktur der beiden Zentralbanken gleichen sich. Als äußeres Zeichen dieser Festlegung kämpfte die deutsche Politik hart und erfolgreich um Frankfurt als symbolträchtigen Sitz der Europäischen Zentralbank.

Dass die Struktur des Europäischen Systems der Zentralbanken (ESZB) dem deutschen Vorbild entnommen wurde, wird uns in der Euro-Krise zum Verhängnis. Im Rat der Europäischen Zentralbank sind die Mitglieder des Direktoriums sowie die Vertreter aller Nationalbanken vertreten. Jedes Mitglied hat genau eine Stimme. Genau so wie jeder Landeszentralbankpräsident genau eine Stimme hat - unabhängig wie groß und bedeutend die jeweilige Landesbank ist. Das System hatte sich in all den Jahren in Deutschland bewährt. Die D-Mark brauchte keinen internationalen Vergleich zu scheuen. Die D-Mark wurde zum Symbol des wirtschaftlichen Aufstiegs Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg. Es tat weh, die D-Mark für den Euro herzugeben. Wir taten dies nur gegen die Zusage der Politik, dass der Euro nach den Prinzipien der D-Mark funktionieren und die EZB eine Art europäische Bundesbank werden würde. Die gemeinsame Währung sollte helfen, die einzelnen Volkswirtschaften einander anzugleichen - auf dem hohen Niveau der D-Mark. Diese Konvergenztheorie ist krachend gescheitert. Heute erleben wir den zweiten und diesmal wohl erfolgreichen Versuch der traditionellen Weichwährungsländer, die Währungsunion nach ihren Vorstellungen zu gestalten. Dies geschieht frei nach der "Methode Juncker":

"Wir beschließen etwas, stellen das dann in den Raum und warten einige Zeit ab, was passiert. Wenn es dann kein großes Geschrei gibt und keine Aufstände, weil die meisten gar nicht begreifen, was da beschlossen wurde, dann machen wir weiter - Schritt für Schritt, bis es kein Zurück mehr gibt", sagte einst der heutige Chef der Eurogruppe und luxemburgische Premier Jean-Claude Juncker. Unser Finanzminister formuliert es knapper, indem er sagt: „Auch wir beschießen gelegentlich.“

Das Abrutschen in den Schulden- und Haftungsumpf erfolgt vom Publikum nahezu unbemerkt und schleichend, weil wir Deutschen von den negativen Begleiterscheinungen noch nichts am eigenen Portemonnaie spüren. Lediglich die klassischen Sparer bemerken, dass ihre Einlagenverzinsung die Inflationsrate nicht mehr abzudecken vermag. Derzeit profitiert Deutschland als letzter Stabilitätsgarant in der Eurozone von der allgemeinen Krise. Regelgebundene oder risikoaverse Anleger parken ihr Geld zu null Zinsen im sicheren Hafen, für kurzfristiges Geld zahlen sie gar Ankergebühren. Deutschland kann sich zu extrem niedrigen Zinsen verschulden. In unser Land wird wieder investiert, da an den zuvor bevorzugten Anlagestandorten die Blasen geplatzt sind. So wird es aber nicht weitergehen. Denn die Haftungen, die wir mit den "Rettungsschirmen" auf uns genommen haben, und die Schuldentitel zweifelhafter Bonität, die in den Bilanzen der EZB stehen, sind real und werden früher oder später fällig. Auf den Ausgleich der gewaltigen Target-II-Salden zu unseren Gunsten haben wir zwar Anspruch, sind aber beim Vollstrecken der Titel auf Fähigkeit und Bereitschaft der Schuldner zur Begleichung der offenen Posten angewiesen. Nach jeder Party kommt das böse Erwachen, dem Rausch folgt der Kater.

Die Rücktritte von Axel Weber und Jürgen Stark aus Protest gegen die Entfernung der EZB-Politik von ihrem Mandat waren ein Menetekel. Ihre erhoffte Signalwirkung ist leider verpufft. Wir tanzen weiter auf dem Vulkan. Unser Bundesbankpräsident Jens Weidmann ist der letzte Garant einer Stabilitätsarchitektur. Sein Rücktritt wäre verheerend, weshalb ihm die deutsche Politik mit aller Kraft den Rücken stärken muss. Mit Weidmann haben wir zwar einen hervorragenden Nachfolger für Weber gefunden, zugleich mussten wir aber die Ambitionen auf den Posten des EZB-Präsidenten aufgeben.

Es erinnert an die Dramatik einer schlechten Seifenoper, dass mit Draghi gerade ein Vertreter eines traditionellen Weichwährungslandes zum Präsidenten gewählt wurde. Dass Draghi zudem noch Investmentbanker war - und immer noch so handelt - setzt dem Ganzen die Krone auf. Wenn Draghi ankündigt, er werde "alles" dafür tun, um den Euro zu "retten", lässt dies auf nichts Gutes hoffen. Weidmann steht allein auf weiter Flur. Er weiß, dass die Krise nur mit einer Rückkehr zum bestehenden Recht bewältigt werden kann. Vertrauen kann nicht durch immer neue Rechtsbrüche wiederhergestellt werden. Bei der Nachfolge Starks gab es leider einen Fehlgriff: Asmussen assistiert

Draghi eilfertig, statt die deutsche Position der Wahrung des Rechtes zu stützen.

Die Unabhängigkeit einer Institution ist nur dann gerechtfertigt, wenn sie sich an das gegebene Recht hält. Wir stehen am Scheideweg. Wenn die EZB weiterhin gegen ihr Mandat handelt, muss Deutschland die Initiative zur Veränderung des EZB-Statuts ergreifen. Die Übertragung der Struktur der Bundesbank auf die Europäische Zentralbank hat sich leider als falsch erwiesen. Die Stimmenverhältnisse im EZB-Rat müssen den Haftungsverhältnissen angepasst werden. Denn entgegen den zugrundeliegenden hehren Vorstellungen vertreten viele nationale Vertreter im EZB-Rat in der Praxis nicht die EZB, sondern die Interessen ihrer Herkunftsländer. Die Vertretung eigener Interessen ist voll und ganz legitim, wenn sie nicht auf Kosten anderer geht.

Es ist an Dreistigkeit kaum zu überbieten, dass der handstreichartige Umbau der EZB gegen den entschiedenen und auch offen ausgesprochenen Widerstand des deutschen Bundesbankpräsidenten geschieht. Deutschland hat mit mehr als 27 Prozent den größten Anteil am Kapital der Europäischen Zentralbank. Unter Partnern müssen solche weichenstellenden Entscheidungen im Konsens gefunden werden. Der Vertragsbruch darf nicht zur Methode werden. Die Bundesregierung sollte, möglichst gemeinsam mit den anderen Geberländern, vor einer Klage vor dem Europäischen Gerichtshof gegen die EZB nicht zurückschrecken, wenn diese nicht wieder entsprechend ihrem im AEUV festgelegten Mandat handelt. Die Geldpolitik darf nicht das Instrument zur Finanzierung defizitärer Staatshaushalte bleiben. Das sind wir den deutschen Sparern, Steuerzahlern und unseren Kindern und Enkeln schuldig.

Ihr



Weiterleitung des Briefes

Ich darf Sie herzlich bitten, den Hauptstadtbrief möglichst breit im Familien- und Bekanntenkreis zu verteilen. Vielen Dank.

Aufnahme in den Verteiler

Wer in den E-Mail- oder Fax-Verteiler des Hauptstadtbriefes aufgenommen werden möchte, kann dies jederzeit über mein Berliner Büro veranlassen.